

Kinderrechte in Zeiten Coronas

Kinder sind in vielfacher Weise von den Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie betroffen. Die Schulen öffnen nur langsam wieder. In Kitas gibt es nur eine Notbetreuung. Spielplätze sind geschlossen, Freizeitmöglichkeiten sind eingeschränkt. Freunde zu treffen ist fast unmöglich. Umso wichtiger ist es, die Situation und Bedürfnisse von Kindern bei der weiteren Strategie im Umgang mit der Corona-Pandemie in den Blick zu nehmen. Gerade in Krisenzeiten müssen Kinderrechte gewahrt und in alle Überlegungen einbezogen werden. Hinzu kommt, dass Kinder in Abhängigkeit von ihrem sozialen und familiären Hintergrund in unterschiedlicher Weise betroffen sind. Der Zugang zu den Online-Angeboten des Homeschoolings ist von der technischen Ausstattung zu Hause abhängig. Die individuelle Förderung und Unterstützung von Kindern hängt maßgeblich von den Möglichkeiten des Elternhauses ab. Die Möglichkeiten für Sport, Bewegung und frischer Luft hängen in hohem Maße mit dem Wohnumfeld zusammen. Der fehlende Zugang zu schulischer und vorschulischer Bildung kann Sprachprobleme verschärfen und soziale Ungleichheiten zementieren. Deshalb gilt: Auch wenn die Eindämmung der Corona-Pandemie oberste Priorität haben muss, müssen die Auswirkungen einzelner Maßnahmen auf die Entwicklung der Kinder unterschiedlicher Altersgruppen besonders in den Blick genommen werden. Kinderrechte sind nicht auf Schönwetterzeiten beschränkt.

Viele durch die Bundesregierung, vor allem von Franziska Giffey, ergriffene Maßnahmen (z.B. Elterngeldanpassungen, leichter Zugang zum Kinderzuschlag, die Ausweitung der Telefon- und Onlineberatung) unterstützen die Familien sehr konkret in der herausfordernden Situation. Die Forderung der Familienministerin, den Familien eine Perspektive zu geben, unterstützen wir ausdrücklich.

Uns ist wichtig, dass die Einschränkungen und Lockerungen des gesellschaftlichen Lebens gleichermaßen wirkungsvoll wie verhältnismäßig sind und bleiben und wir die Rechte der Kinder und das Kindeswohl nicht aus den Augen verlieren.

1. Kinder haben das Recht auf Bildung und Teilhabe

Kitas sind Orte frühkindlicher Bildung. Kinder haben ein Recht auf Bildung und Beteiligung unabhängig vom Bildungsstand, sozialen Stand oder Muttersprache ihrer Eltern. Wir waren und sind immer der festen Überzeugung, dass Kitas mehr sind als „Aufbewahrungsorte“ für Kinder, während ihre Eltern ihrer Erwerbsarbeit nachgehen. Damit das auch so mit Leben gefüllt wird, haben gerade wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten an der Seite der Pädagoginnen und Pädagogen, der Eltern und der Kinder immer gekämpft. Daher ist es jetzt auch nötig, in der Debatte um die schrittweise Öffnung von Kitas und Schule, Vereinen und Verbänden, neben dem Aspekt der Vereinbarkeit von Familie und Beruf für die Eltern und den Schutz der Pädagoginnen und Pädagogen vor Ansteckung gerade auch den Blick der Kinder, ihre konkrete Lebensrealität und ihre Rechte immer mit in die Abwägungen einzubeziehen.

2. Kinder sind – mehr noch als Erwachsene – soziale Wesen

Aufgrund der aktuellen Corona-Epidemie und der Schließung der Kitas, Grundschulen, Vereine und Spielplätze sind Kinder nun sozial oft vollkommen isoliert. Vielerorts sind Eltern so verunsichert, dass sie ihre Kinder gar nicht mehr draußen spielen lassen. Gerade kleine Kinder können sich auch nicht allein bewegen, um soziale Kontakte zu pflegen, wie das Erwachsenen unter Wahrung des Abstandsgebots erlaubt ist. Die Kinder sind derzeit vollständig angewiesen auf einen von den Eltern strukturierten Tagesablauf. Nahezu jeder Sozialkontakt wird in Begleitung und im Beisein eines Elternteils stattfinden. Hier müssen wir mehr aufklären und Kinder zurück ins Leben holen. Eltern sollten ohne Verunsicherung wissen, was ihnen und ihren Kindern gestattet ist und den selbständigen und selbstgestalteten Kontakt zwischen zunächst einzelnen Kindern wieder möglich machen können. Denn die Entwicklung der Kinder findet vor allem durch soziale Interaktion statt. Im Spiel mit anderen lernen sie nicht nur vermeintlich „Wichtiges“, sondern auch Regeln des gesellschaftlichen Miteinanders, Teilen, Konfliktlösung, Frustration und Lob.

3. Kinder haben ein Recht auf körperliche, seelische und geistige Gesundheit

Die angespannte Situation in den Krankenhäusern und Arztpraxen hat auch zur Folge, dass viele Eltern den Weg dorthin scheuen und nur mit echten Notfällen kommen. Das ist einerseits vernünftig und nachvollziehbar, andererseits ggf. gefährlich für die Kinder, bei denen eine notwendige Diagnose deshalb zu spät gestellt wird. Wenn Kinder weder in der Schule noch beim Kinderarzt vorstellig werden, weil notwendige U-Untersuchungen verschoben werden¹, können Entwicklungsverzögerungen erst spät – zu spät? – entdeckt und ggf. nicht behandelt werden. Auch sonstige staatliche Einrichtungen wie die Jugendhilfe können zurzeit aufgrund der Gesundheitsmaßnahmen (Abstandregelungen, Kontakteinschränkungen) nur eingeschränkt arbeiten und haben weniger bis keinen Zugang zu den Familien. Die Folgeschäden für die Kinder, Familien und die Gesellschaft sind noch nicht abzuschätzen.

4. Home-schooling stellt eine enorme Herausforderung und Belastung für Familien dar und schränkt faktisch den Zugang zu Bildung für viele Kinder ein

Angefangen bei den unterschiedlichen Ausgangssituationen in den Familien (z.B. Zugang zu digitalen Lernmöglichkeiten/Geräten, Bildungsaffinität der Eltern, sprachliche Hürden etc.) stoßen selbst die zugewandtesten Eltern in Beschulungssituationen in Verbindung mit Homeoffice und/oder eigenen Existenzängsten an ihre Belastungsgrenzen. (Früh-)Warnsysteme, Auffangsysteme, Schutz und Kontrolle durch LehrerInnen, ErzieherInnen, ÄrztInnen etc. fehlen.

Der Lernerfolg vieler Kinder und Jugendlicher hängt in Deutschland – leider – immer noch vom Bildungsstand und Engagement der Eltern ab. Deshalb sind Schulschließungen über längere Zeit fatal vor allem für benachteiligte Kinder und Jugendliche. Es drohen ansteigende Schulabbruchquoten und eine wachsende Ungleichheit des Kenntnisstandes in den Klassenverbänden.

5. Homeoffice neben Vollzeit-Kinderbetreuung inkl. pädagogisch wertvollem Angebot ist nicht leistbar; alle Beteiligten leiden:

- a. Die Kinder werden nicht adäquat betreut und in ihrer Entwicklung unterstützt, wenn sie neben dem Homeoffice der Eltern oder ohne ausreichende fachliche und

¹ <https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/111397/U-Untersuchungen-Untersuchungszeitraeume-ab-U6-ausgesetzt>

pädagogische Kenntnisse der Eltern über einen so langen Zeitraum ihre Bildungsfortschritte selbständig erzielen sollen.

- b. Eltern verkämpfen sich in der Doppelbelastung und werden weder der Care-Arbeit noch der Erwerbsarbeit gerecht. „Nebenbei“ muss, da die Kinder nicht in Ganztageseinrichtung mit Mittagessen untergebracht sind, auch noch eingekauft und gekocht werden.

6. Schutz und Versorgung für alle Kinder muss auch in der Krise gewährleistet sein!
Kinder aus Bedarfsgemeinschaften und mit Kinderzuschlag haben bisher mindestens einmal am Tag eine warme Mahlzeit in der Kita oder der Grundschule erhalten. Diese Unterstützungsleistung der Solidargemeinschaft fällt nun weg und wird regional sehr unterschiedlich kompensiert. Für die Kinder und ihre Familien stellt es eine weitere finanzielle Belastung dar, für alle Familienmitglieder die Versorgung sicher zu stellen.

Deshalb stellen wir uns in erster Linie die Frage, was leitet uns in der Bildungspolitik?

Als Gesellschaft haben wir die Pflicht, niemanden zurück zu lassen. Es ist unser Ziel, in erster Linie denen Unterstützung zukommen zu lassen, die sie am dringendsten brauchen. Wenn wir davon ausgehen, dass Bildung in der Kita beginnt, ist es auf Dauer nicht akzeptabel, die Zugänge in die Notbetreuung allein von der (beruflichen) Situation der Eltern abhängig zu machen. Jedes Kind hat das Recht auf Bildung und Teilhabe, auf Spiel und Schutz. Ähnlich wie für die Grundschulen müssen daher auch für die Kindertageseinrichtungen Konzepte der schrittweisen Öffnung unter Berücksichtigung von Abstandsregeln und Hygienestandards erarbeitet werden.

Kinder sollen Kinder sein dürfen. Sie müssen ihre Freunde sehen dürfen. Spielen, Lernen, Toben gehört zu ihrer normalen Entwicklung. Diese zu stören, kann auch gesundheitliche, psychische und soziale Folgen haben. Das gilt für alle Altersklassen, so dass wir alle Kita-, Tagespflege- und Schulformen bedenken. Es ist entscheidend für die Kinder und Jugendlichen, die sich an der Schwelle von einer Schulform zur nächsten befinden, dass wir sie dabei unterstützen, dass dieser Übergang nicht nur irgendwie gelingt, sondern erfolgreich gelingt. Vorschulgruppen, Abgangsklassen in Grundschulen und Klassen mit Abschlussprüfungen in OSZ und Gymnasien verdienen besondere Beachtung und Hilfestellung, da hier die Weichen für ihr weiteres Leben gestellt werden.

Wir brauchen ein Angebot, das sowohl den Kindern als auch den Familien zu Gute kommt. Geld spielt dabei eine wesentliche, aber nicht die einzige Rolle. Kinder und Eltern (in erster Linie Mütter) müssen in ihrem Alltag unterstützt werden.

Forderungen:

1. Wir treten dafür ein, dass die Wissenschaft in gesamter disziplinärer Breite über Virologen und Ökonomen hinaus in die Beratungen zur Öffnung der Maßnahmen mit einbezogen werden. Dabei muss auch die gesamte Breite der Bevölkerung in den Blick genommen werden. Entsprechend sind Kommissionen verpflichtend nach Diversitätsgrundsätzen zusammenzusetzen.
2. Wir wollen Schulen und Lehrkräfte dabei unterstützen, ECHTES Home-schooling und digitales Lernen anzubieten. Das bedeutet auch, dass Lehrkräfte qualifiziert und unterstützt werden und eine neue Aufgabenbeschreibung bekommen: Gerade jetzt ist Pädagogik genauso wichtig wie der Inhalt!

3. Wir begrüßen Kooperationen zwischen den Schulen, damit Best-practice-Ansätze und Tutorials ausgetauscht werden und wollen diese z.B. durch eine bundesweite Plattform oder die Auslobung eines Preises fördern.
4. Wir wiederholen die alte Forderung nach mehr Personal. Das Budget bzw. der Schlüssel an den Kitas, Schulen und im Hort muss in der Krise schnell und unbürokratisch erhöht werden, damit mehr PädagogInnen Kleingruppen begleiten und unterrichten können. Besonderes Augenmerk liegt hier auch auf den Schulsozialarbeitern, die den Kontakt zu den Schülerinnen und Schülern und ihren Eltern stärken.
5. Wir nehmen Kinder aus sozial schwachen Elternhäusern in den Blick: Für digitales Lernen brauchen sie einen eigenen Computer und müssen deshalb sehr zügig mit digitaler Technik und Internet-Zugang (WLAN) ausgestattet werden. Diesbezüglich begrüßen wir den Beschluss des Koalitionsausschusses, als Sofortmaßnahme Schülerinnen und Schüler bei der Anschaffung von Geräten zu unterstützen.
6. Wir fordern, dass die sukzessiven Öffnungen der Kitas zeitnah geschehen und eng von der Forschung begleitet werden. Solange noch erforscht wird, welche Infektionswege das Virus zwischen Kindern und Erwachsenen und untereinander geht und mit welchen Folgen, müssen alle möglichen Vorkehrungsmaßnahmen getroffen werden (kleine Gruppen, Kontakt nur zu einer ErzieherIn, viele Draußen-Aktivitäten, Übergabe der Kinder an der Grundstücksgrenze/Tür mit Abstand zu anderen Eltern/zwischen ErzieherIn und Eltern etc.).
7. Wir sind überzeugt, dass Familien mit nur einem Elternteil in systemrelevanten Berufen schon einer hohen Belastung ausgesetzt sind. Denn das andere Elternteil ist aufgrund der auflaufenden Überstunden/ Schichtdienst/ zusätzlichen Arbeitsbelastung quasi alleinerziehend. In vielen Kommunen werden Alleinerziehende bereits bevorzugt bei der Vergabe von Not-Betreuungsplätzen behandelt. Dies sollte unbedingt für beide Gruppen in allen Bundesländern die Regel sein.
8. Wir regen an, vor Ort mit den Einrichtungen und Trägern von Kitas, (Grund-)Schulen und Horten individuell passende Konzepte zu entwickeln, wie Kinder im zeitlichen Wechsel aufgenommen werden können (wochenweise vor Ort und digitaler Unterricht, Betreuung in festen Gruppen nach Wochentagen oder Tageszeiten gestaffelt und entzerrt, in mehreren Räumen oder draußen). Dazu gehört auch, zu prüfen, inwiefern andere kommunale Strukturen eingebunden werden können. Einige Sozialdienstleister haben bereits im Rahmen des SodEG² ihre Bereitschaft erklärt, an der Bekämpfung und Bewältigung der Pandemie mitzuwirken. Diese Bereitschaft soll ganz konkret für die Bereitstellung von Angeboten für Kinder und Jugendliche abgefordert werden.
9. Wir fordern Bund und Länder auf, jede Form von kindgerechter Aktivität wohlwollend im Sinne der Kinder zu prüfen, durch Gesetze den Rahmen zu setzen sowie diese zu fördern: Inwiefern ist eine eingeschränkte und beaufsichtigte Öffnung von Spielplätzen oder Freibädern möglich? Unter welchen Voraussetzungen können Sportarten, bei denen Abstandsregeln eingehalten werden können, wieder angeboten werden? Gleiches gilt für Bildungsangebote (für kleinere Kinder) unter Aufsicht im Freien, z.B. Walderkundung in Kleingruppen.
10. Wir fordern Unterstützung für Eltern im Homeoffice. Kurzarbeitergeld und Corona-Kinderzuschlag sind keine Antwort auf ihre Doppelbelastung. Für sie soll die Möglichkeit geprüft werden, ob sie sich mit Hilfe eines Corona-Elternverdienstes für die Dauer der Krise (sechs Monate/ 12 Monate) von der Arbeit freistellen lassen können.

² <https://www.arbeitsagentur.de/institutionen/sodeg-sozialdienstleister-einsatzgesetz>